

BERICHT ÜBER DIE GEMEINDERATSSITZUNG

VOM 13. JANUAR 2025

David VIAGGI | **Bürgermeister**

Roger SAURFELD, Cindy BARROS DINIS | **Schöffen**

Georges LUCIUS, Carlo MULBACH, Joëlle FAGNY, Kevin ENGLEBERT, Christian HOSCHIED, Loïc BRUNE (bis Punkt 6.), Joseph KOECHER, **Räte**

Yves URWALD | **Sekretär**

Entschuldigt:

Béa KABERS, Rätin

In öffentlicher Sitzung:

Bürgermeister David Viaggi eröffnet die Sitzung und bittet den Gemeinderat, der Tagesordnung Punkt 6 „Schaffung eines Gemeindeangestelltenplatz in der Laufbahn A2, administrative Untergruppe, unbefristet und in Vollzeit“ der Tagesordnung beizufügen.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die Erweiterung des Tagesordnung.

1) Genehmigung der Ausführungsübereinkunft zum Teilbebauungsplan „Datacenter“

Bürgermeister Viaggi erklärt, in der Ausführungsübereinkunft zwischen der Gemeinde und LB Technology Google werde festgehalten, dass sämtliche öffentliche Infrastrukturen innerhalb des Teilbebauungsplanes kostenlos an die Gemeinde abgetreten werden. Zudem liege ein Projekt vor, einen Weg zu dem Gelände zu erneuern wobei bestehende Leitungen verlegt werden müssen. Weiter soll ein neuer Weg angelegt werden. Wie und wo dieser gebaut werde, werde ebenfalls in der Übereinkunft festgehalten, als auch dass bis zu dessen Fertigstellung der bestehende Weg fortbestehen soll und die darin verlegten Rohre funktionell bleiben sollen.

Weiter erklärt Bürgermeister Viaggi, die Frage der Wasserversorgung werde ebenso in dem Dokument geklärt. Eine Wasserleitung soll bis an die Grenze des Teilbebauungsplanes gezogen werden. In der Bauphase sollen maximal 8,64 Kubikmeter pro Stunde verbraucht werden mit einem Tagesdurchschnitt von 51 Kubikmetern. Später werde das Verwaltungsgebäude 6,50 Kubikmeter stündlich verbrauchen mit einem Tagesdurchschnitt von 11 Kubikmetern. Dieser Verbrauch würde bei weitem nicht den Zahlen entsprechen, die vor einigen Jahren erwähnt wurden. Die bereits existierenden Infrastrukturen würden also auch genügen. Man werde aber vom Bau der neuen Straße profitieren um eine Ringwasserleitung zu legen.

Sollten dennoch größere Wasserquantitäten verbraucht werden, müssten beide Parteien erneut verhandeln. So könnte die Gemeinde eventuelle Kosten wieder eintreiben. Kühl- oder Löschwasser muss von dem Betreiber auf dem Gelände selbst gelagert werden.

Vor Beginn der Erdarbeiten müsste eine Baustellenzufahrt mit direktem Anschluss an die A7 bestehen. Zudem müssten dem Bauherrn sämtliche Gelände gehören, bestehende Pachtverträge gekündigt werden und der Gemeinde das Grundstück des Feldweges abgetreten werden. Letztlich muss eine Putzstation für Lastwagen errichtet werden.

Derzeit würden 2,2 % der Gesamtfläche an die Gemeinde abgetreten anstelle der gesetzlich vorgesehenen 25%. Somit falle eine Entschädigung in Höhe von 18.500 Euro pro Ar sprich

insgesamt 13.572.340 Euro zu Gunsten der Gemeinde an. Die Hälfte dieser Summe werde innerhalb eines Monats nach Genehmigung der Übereinkunft durch das Ministerium gezahlt. Die zweite Hälfte werde in frühestens sechs Monaten ausgezahlt.

Der Bau des Feldweges werde mit rund einer Million Euro zu Buche schlagen, diese Summe werde der Gemeinde aber rückerstattet.

Sollte der PAP nicht exekutiert werden oder die Übereinkunft nach zwei Jahren hinfällig werden, müsse diese neu verhandelt werden.

Rat Christian Hoscheid bemerkt, es sei wichtig, dass die rektifizierte Genehmigung des PAPs vom 23. März 2021 in Betracht gezogen werde, dies wegen der Lage der lärmenden Aggregate.

Den Feldweg betreffend bemerkt Rat Hoscheid, Luxlait sei dessen Betreiber, weshalb sich die Frage stelle, ob diese nicht auch Besitzer der Leitungen sei. Gegebenenfalls müsste Luxlait also involviert sein. Zudem stelle sich die Frage, weshalb die Gemeinde das Risiko eingehen müsse, innerhalb von 18 Monaten einen Weg zu bauen, was gesetzlich Aufgabe des Initiator des PAP wäre. Das Argument, den Weg selbst zu bauen damit dieser den gewünschten Kriterien entspreche, sei bedenklich in Betracht der Größe des Projektes. Auch stelle sich die Frage der möglichen Folgen, sollte der Weg nicht in 18 Monaten fertiggestellt sein.

Zum Wasserverbrauch äußert Rat Hoscheid, dieser falle jetzt verhältnismäßig gering aus. Allerdings sei ihm unklar, weshalb der Verbrauch während der Nutzungsphase in der Übereinkunft festgehalten sei. Man habe es hier mit einem der weltweit größten Konzerne zu tun, der Haushalt der Gemeinde Bissen sei im Vergleich unbedeutend. Deshalb sei es ihm lieber, Inhalte juristisch zu überprüfen als zu hoffen, dass der angegebene Verbrauch stimmt. Weiter sollte der Wasserverbrauch als auch die Verantwortungen zur Wasserlieferung an anderer Stelle geklärt werden.

Zu der Zufahrt über die N7 wirft Rat Hoscheid ein, diese sollte vor Beginn der Bauarbeiten fertiggestellt sein um zu verhindern, dass Lastwagen durch die Industriezone auf die Baustelle fahren.

Zur Kompensation bemerkt Rat Hoscheid, diese sei kein Geschenk an die Gemeinde. Das Geld müsste im Interesse des PAPs verwendet werden. Auch stelle er sich Fragen zu der Wortwahl bei den Modalitäten der Auszahlung der Kompensation.

Weiter, sollte sich eventuell noch Gelände in Privatbesitz befinden, sei es nicht an der Gemeinde, sondern am Initiator des PAPs dieses in einer Hand zu vereinen.

Abschließend möchte Rat Hoscheid erfahren, ob die Gemeinde die Kompensation rückerstatten muss, sollte die Umweltimpaktstudie die Notwendigkeit weiterer



Kompensationsmaßnahmen aufzeigen.

Bürgermeister Viaggi erklärt, Google habe seit 2017 Gelände gekauft. Der Weg in Besitz der Gemeinde würde jetzt in den Besitz des Konzerns gehen. Da die Gemeinde einen neuen Feldweg bauen, würde der Konzern die Baukosten aber integral erstatten. Auch mit Luxlait habe sich im Vorfeld Google geeinigt.

Beim Wasserverbrauch habe der Konzern im Gegenteil zu dem Großteil der Betriebe der Gemeinde klare Zahlen vorgelegt. Viele Betriebe würden mehr Wasser verbrauchen als vorgesehen und die Gemeinde sei dabei ohne irgend eine Handhabe. Hier habe man aber ein Schriftstück und somit eine Diskussionsbasis. Weiter müsse nur eine bereits existierende Leitung verlängert werden.

Die Zufahrt zu der Baustelle über die N7 sollte auch vor Beginn der Arbeiten abgeschlossen sein. Die Kompensation sei in der Tat kein Geschenk. Dennoch sei diese ein erheblicher Mehrwert, denn zu Beginn der Verhandlungen hätte die Gemeinde nichts erhalten.

Der Gemeinderat genehmigt mit neun Stimmen und einer Gegenstimme die Ausführungsübereinkunft.

2) Genehmigung eines Kaufvorvertrages in der Rue du Nord

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig einen Kaufvorvertrag. Gegenstand des Vertrages ist eine Parzelle von 6 Zentiar, welche die Gemeinde für 45 Euro erwirbt.

3) Genehmigung mehrerer Prinzipienentscheidungen

a) Praktischer Ablauf der lokalen Veranstaltung „TerraBis“

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die kommunale Beteiligung für die Teilnehmer an „TerraBis“ von 400 auf 500 Euro zu erhöhen. Der größer werdende Besucherstrom und die gestiegenen Lebensmittelpreise bedingen diese Entscheidung.

b) Wechsel des Trägers des Jugendhauses „A Stenges“

Bürgermeister Viaggi erklärt, der Träger des Jugendhauses „A Stenges“ soll gewechselt werden. Anstelle von „Lëtzebuurger Guiden a Scouten“ soll die „Nordstadjugend“ asbl aus Diekirch diese Rolle übernehmen.

Für diesen Schritt sprechen zwei Argumente. Zum einen hätte die „Nordstadjugend“ bereits Erfahrung mit Wohnungen für Jugendliche. Zum anderen beobachtet man eine gewisse Inflexibilität in Sachen Personalfragen beim derzeitigen Träger. Weiter hätte dieser anders als vor Jahren verkündet kein Netzwerk an Jugendhäusern eingerichtet.

Bürgermeister Viaggi betont, bei einem Wechsel würden die Angestellten übernommen. Auch bei deren Arbeitsverträgen würde es keine Änderungen geben. Funktional werde sich im Jugendhaus auch nichts ändern.

Rat Carlo Mulbach sagt aus, er sei überrascht über den angestrebten Wechsel. Auch fehle ihm ein Konzept, um eine so weitgehende Entscheidung zu treffen. Weiter möchte Rat Mulbach nähere Informationen zu den Auswirkungen dieses Wechsels auf den kommunalen Haushalt da die Verwaltungskosten andere Dimensionen annehmen könnten. Zudem möchte er erfahren, ob die Öffnungszeiten des Jugendhauses künftig die gleichen bleiben werden als auch die Anzahl der präsenten Betreuer.

Bürgermeister Viaggi erklärt, bei dem aktuellen Träger sei keine Ausweitung des Netzes an Jugendhäusern geplant. Deshalb müsste die Gemeinde neues Personal selbst einstellen, dies eventuell mit einem finanziellen Beitrag seitens des Ministeriums.

Personal könnte künftig über die „Nordstadjugend“ eingestellt werden. Auch sei deren Angebot an Aktivitäten sicherlich interessant für die Jugendlichen in Bissen. Der Haushalt der Gemeinde sei nicht betroffen, da die vorliegenden Arbeitsverträge eins zu eins übernommen werden. Auch die Angestellten im Jugendhaus würden in vielerlei Hinsichten von einem Trägerwechsel profitieren.

Rätin Joëlle Kraus möchte nähere Erläuterungen zu den Garantien die dem Personal hinsichtlich ihrer Anstellung und den Jugendlichen für Aktivitäten gemacht werden können.

Bürgermeister Viaggi erklärt, der neue Arbeitgeber würde das Personal mit seinen Kontrakten eins zu eins übernehmen. Auch hinsichtlich der Arbeitsweise werde es keine Änderungen geben.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die Prinzipienentscheidung den Träger des Jugendhauses zu wechseln.

4) Genehmigung mehrerer Übereinkünfte

a) Musikschule Kanton Redingen

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig eine Übereinkunft mit der Musikschule des Kanton Redingen.

b) Bereitstellen eines Agenten für den informatischen Dienst

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig eine Übereinkunft mit der Gemeinde Colmar-Berg. Gegenstand der Übereinkunft ist das Bereitstellen eines Agenten für deren informatischen Dienst im Gegenzug zur Zahlung des dementsprechenden Anteil dessen Gehaltes.

5) Ernennung eines neuen Mitglieds der „Event“ Kommission

Der Gemeinderat ernannt einstimmig Herrn Joé Reuter in die „Event“ Kommission.

6) Schaffung eines Gemeindeangestelltenplatz in der Laufbahn A2, administrative Untergruppe, unbefristet und in Vollzeit

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die Schaffung eines Gemeindeangestelltenplatz in der Laufbahn A2, administrative Untergruppe, unbefristet und in Vollzeit für die Bedürfnisse des technischen Dienstes.

7) Genehmigung von mehreren Friedhofskonzessionen

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig mehrere Friedhofskonzessionen.

In geschlossener Sitzung:

8) Ernennung eines Informatikers unter dem Statut des Gemeindeangestellten in Vollzeit in der Karrierelaufbahn C1

Der Gemeinderat ernannt einstimmig Herrn Carlo Sanitate als Informatiker unter dem Statut des Gemeindeangestellten in Vollzeit in der Karrierelaufbahn C1.

Ende der Sitzung:

18.35 Uhr



RAPPORT SUR LA SÉANCE DU CONSEIL COMMUNAL

DU 13 JANVIER 2025

David VIAGGI | **bourgmestre**

Roger SAURFELD, Cindy BARROS DINIS | **échevins**

Georges LUCIUS, Carlo MULBACH, Joëlle FAGNY, Kevin Englebert, Christian HOSCHIED, Loïc BRUNE, Joseph KOECHER, | **conseillers**

Yves URWALD | **secrétaire**

Excusé:

Béa KABERS, conseillère

Monsieur le bourgmestre David Viaggi ouvre la séance et propose au conseil communal d'ajouter le point 6 « Création de poste pour les besoins du service technique » à l'ordre du jour.

Le conseil communal approuve unanimement la modification de l'ordre du jour.

Séance ouverte :

1) Approbation du projet d'exécution et de la convention relative au PAP « Datacenter » au lieu-dit « Bousbiert » à Bissen

Monsieur le bourgmestre Viaggi explique au conseil communal que la convention entre la commune et LB Technology Google retient que les infrastructures publiques à l'intérieur du PAP seront cédées gratuitement à la commune. Il existe de même un projet pour renouveler un chemin vers le terrain et les infrastructures souterraines existantes. Un autre chemin d'accès doit être aménagé. La convention fixe où ce chemin sera aménagé et que jusqu'à son achèvement, le chemin existant devra être maintenu et les conduites y posées doivent rester fonctionnelles.

Monsieur le bourgmestre Viaggi explique en outre que la question de l'approvisionnement en eau sera également clarifiée dans le document. Une conduite d'eau doit être posée jusqu'à la limite du plan d'aménagement partiel. Durant la phase de construction, un maximum de 8,64 mètres cubes par heure seront consommés, avec une moyenne quotidienne de 51 mètres cubes. Plus tard, le bâtiment administratif nécessitera 6,50 mètres cubes par heure avec une moyenne quotidienne de 11 mètres cubes. Cette consommation serait loin des chiffres évoqués il y a quelques années. Les infrastructures existantes seraient donc également suffisantes. Cependant, la construction de la nouvelle route favorisera la pose d'une canalisation d'eau circulaire.

Si des quantités d'eau plus importantes seraient nécessaires, les deux parties devraient à nouveau négocier. Cela permettrait à la commune de récupérer les coûts éventuels. L'eau de refroidissement ou d'extinction d'incendie doit être stockée par l'exploitant lui-même sur les lieux.

Avant le début des travaux de terrassement, il faudra prévoir une voie d'accès au chantier avec une connexion directe à l'A7. De plus, le promoteur devrait être propriétaire de tous les terrains, les baux existants devraient être résiliés et le terrain du chemin de campagne devrait être transféré à la commune. Également, il faudra construire une station de nettoyage des camions.

Actuellement, 2,2% de la superficie totale est transférée à la municipalité au lieu des 25% prévus par la loi. Cela signifie

qu'une indemnité de 18 500 euros par are, soit un total de 13 572 340 euros, sera versée à la commune. La moitié de ce montant sera versée dans un délai d'un mois à compter de l'approbation de l'accord par le Ministère. La deuxième moitié sera versée dans six mois au plus tôt.

La construction du chemin de terre coûtera environ un million d'euros, mais cette somme sera remboursée intégralement à la commune.

Si le PAP n'est pas mis en œuvre ou si l'accord devient invalide après deux ans, il doit être renégocié.

Monsieur le conseiller Christian Hoscheid a souligné qu'il était important que l'approbation rectifiée du PAP du 23 mars 2021 soit prise en considération en raison de l'emplacement des générateurs bruyants.

En ce qui concerne le chemin de campagne, Monsieur le conseiller Hoscheid remarque que Luxlait en est l'exploitant, Ceci soulevait la question si elle était également propriétaire des conduites. Également, la question se pose pourquoi la commune doit prendre le risque de construire un chemin dans un délai de 18 mois, alors que légalement cette responsabilité incombe à l'initiateur du PAP. L'argument de construire le chemin soi-même afin qu'il réponde aux critères souhaités est discutable compte tenu de l'ampleur du projet. La question se pose également des conséquences possibles si le chemin n'est pas achevé dans un délai de 18 mois.

En ce qui concerne la consommation d'eau, Monsieur le conseiller Hoscheid remarque qu'elle est désormais relativement faible. Mais, il ne comprenait pas pourquoi la consommation pendant la phase d'utilisation était reprise dans le contrat. On serait en présence de l'une des plus grandes entreprises du monde, et le budget de la commune de Bissen serait insignifiant en comparaison. Il préfère donc vérifier légalement le contenu plutôt que d'espérer que la consommation déclarée soit correcte. En outre, la consommation d'eau et les responsabilités en matière d'approvisionnement en eau devraient être clarifiées ailleurs.

En ce qui concerne l'accès par la N7, Monsieur le conseiller Hoscheid souligne que celui-ci devrait être achevé avant le début des travaux de construction afin d'empêcher les camions de traverser la zone industrielle pour accéder au chantier.

En ce qui concerne l'indemnisation, le conseiller Hoscheid a souligné qu'il ne s'agissait pas d'un cadeau à la commune. L'argent devrait être utilisé dans l'intérêt du PAP. Il a également soulevé des questions sur le choix des mots dans les modalités de comptabilisation des indemnités.

De plus, s'il reste des terres en propriété privée, ce n'est pas à la commune mais à l'initiateur du PAP de les rassembler dans



une seule main.

Enfin, le conseiller Hoscheid voudrait savoir si la commune devra rembourser l'indemnisation si l'étude d'impact environnemental démontre la nécessité de mesures de compensation supplémentaires.

Monsieur le bourgmestre Viaggi explique que Google achète des terrains depuis 2017. Le chemin vers la propriété communautaire mènerait désormais à la propriété de l'entreprise. Étant donné que la commune construit un nouveau chemin, l'entreprise rembourserait intégralement les coûts de construction. Google a également conclu un accord préalable avec Luxlait.

Contrairement à la majorité des exploitations dans le zoning, l'entreprise a présenté des chiffres clairs concernant sa consommation d'eau. De nombreuses entreprises consomment plus d'eau que prévu et la commune est dépourvu de tout contrôle sur ce fait. Mais ici, on aurait un document écrit et donc une base de discussion. De plus, il suffirait de prolonger une conduite d'eau existante.

L'accès au chantier par la N7 devra également être achevé avant le début des travaux. La compensation n'est en effet pas un cadeau. Cela représente néanmoins une valeur ajoutée significative, car la commune n'a rien reçu au début des négociations.

Le conseil communal approuve la convention de mise en œuvre avec neuf voix pour et une contre.

2) Approbation d'un compromis de cession d'emprise de voirie dans la rue du Nord à Bissen

Le conseil communal approuve unanimement un compromis. L'objet est une parcelle de 6 centiares sise Rue du Nord que la commune achète au prix de 45 euros.

3) Approbation de plusieurs décisions de principe

a) Déroulement pratique de l'événement local « TerraBis »

Le conseil communal approuve unanimement l'augmentation de la participation communale aux frais des participants de « TerraBis » de 400 euros à 500 euros, ceci dû au grand succès de l'événement.

b) Changement de l'organisme gestionnaire de la maison pour Jeunes « A Stenges »

Monsieur le bourgmestre Viaggi explique que la commune envisage de changer le gestionnaire de la maison de jeunes « A Stenges ».

L'asbl « Nordstadjugend » de Diekirch devrait reprendre le rôle des guides et scouts du Luxembourg. Deux arguments parlent en faveur de ce pas. D'une part, la « Nordstadjugend » aurait déjà de l'expérience avec des habitations pour jeunes. D'autre part, on observerait une certaine inflexibilité auprès du gestionnaire actuel en ce qui concerne les questions de personnel. Également, celui-ci n'aurait pas établi un réseau de maison pour jeunes comme il l'avait annoncé jadis.

Monsieur le bourgmestre Viaggi souligne que le personnel de la maison de jeunes sera repris. Les contrats de travail resteraient aussi inchangés et au niveau fonctionnel il n'y aura pas de changements non plus.

Monsieur le conseiller Carlo Mulbach se dit surpris par le changement envisagé. Il lui manquerait un concept pour prendre une décision aussi importante. D'autre part, Monsieur le conseiller Mulbach souhaite plus d'informations sur l'impact budgétaire car les frais d'administration risquent

de prendre des dimensions plus importantes. De même, il veut savoir si les heures d'ouverture restent inchangées et s'il y aura des changements au niveau du personnel.

Monsieur le bourgmestre Viaggi explique que le gestionnaire actuel n'étend pas son réseau. Ainsi, la commune doit elle-même employer du personnel, ceci éventuellement avec une participation financière ministérielle. Dorénavant, le personnel serait embauché par « Nordstadjugend ». Les offres et les activités de celle-ci seraient certainement attrayantes pour la jeunesse de Bissen. Le budget de la commune ne sera pas impacté, car les contrats de travail existants seront repris tels quels. Le personnel de la maison de jeunes profitera aussi du changement de gestionnaire.

Madame la conseillère Joëlle Kraus veut plus de renseignements quant aux garanties qui peuvent être faites au personnel au niveau de leur employé et de leurs activités.

Monsieur le bourgmestre Viaggi explique que le nouveau gestionnaire reprend le personnel avec les contrats existants. Au niveau de la méthode de travail il n'y aura pas de changements non plus.

Le conseil communal approuve unanimement la décision de principe de changer le gestionnaire de la maison de jeunes.

4) Approbation de plusieurs conventions :

a) Musikschool Kanton Reiden

Le conseil communal approuve unanimement une convention avec l'école de musique du canton de Redange.

b) Mise à disposition d'un agent pour les besoins du service informatique

Le conseil communal approuve unanimement une convention avec objet la mise à disposition de l'agent informatique à mi-temps avec la commune de Colmar-Berg.

5) Nomination d'un nouveau membre à la commission des événements

Le conseil communal nomme unanimement Monsieur Joé Reuter en tant que membre de la commission des événements.

6) Création de poste pour les besoins du service technique

Le conseil communal approuve unanimement la création d'un poste d'employé communal dans le groupe d'indemnité A2, sous-groupe administratif à plein temps et à durée indéterminée pour les besoins du service technique.

7) Approbation de plusieurs concessions funéraires

Le conseil communal approuve unanimement plusieurs concessions funéraires.

Huis clos :

8) Nomination d'un titulaire au poste d'informaticien dans la carrière de l'employé communal à pleine tâche (carrière C1)

Le conseil communal approuve unanimement la nomination de M. Carlo Sanitate au poste d'informaticien dans la carrière de l'employé communal à pleine tâche (carrière C1).

Fin de la séance

18.35 heures

